

Musterklausur 1 – Lösungshinweise

Inhaltlicher Schwerpunkt:

Ziele der Wirtschaftspolitik („magisches Viereck“ bzw. Vieleck)

1. Der Autor von **M1** behauptet, die „wohlhabenden Völker“ müssten „ihr Wachstum einer kritischen Prüfung unterziehen“ (Z. 51f.). Arbeiten Sie heraus, mit welchen Argumenten er diese Forderung begründet!

Der Autor von M1 wendet sich nicht grundsätzlich gegen wirtschaftliches Wachstum (vgl. Z. 47), wohl aber gegen die allgemein verbreitete Erwartung, ein hohes Wachstum trage zur Lösung wichtiger gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und politische Probleme bei. In unterentwickelten Ländern sichere das Wachstum die Befriedigung existenzieller Bedürfnisse und garantiere, dass die „Menschen wie Menschen leben“ könnten (Z. 11f.). Aber die wohlhabenden Länder sollten nicht mit der „Wachstumspeitsche“ knallen, denn ihr Wirtschaften sei „ambivalent“ (Z. 1) und habe zu „viele unerwünschte Nebenwirkungen“ (Z. 2 f.).

Im Einzelnen werden folgende Einwände gegen das (zu hohe) Wachstum genannt:

- Die Art des Wirtschaftens zerstöre die „eigenen Erfolge“ und die „Lebensgrundlagen aller“ (Z. 15 ff.).
- In wohlhabenden Ländern sei eine „weitere Zunahme materiellen Wohlstands“ keine Quelle des Glücks (Z. 19 ff.).
- Armut werde nicht durch Wachstum, sondern allenfalls durch eine veränderte Verteilung bekämpft (Z. 29 ff.).
- Wachstum schaffe nur „scheinbar“ mehr Beschäftigung. Auch bei steigendem Wirtschaftsvolumen sei die Arbeitsmenge zurückgegangen (Z. 32 ff.).
- Gesellschaftliche Teilhabe und Einbindung sei durch mehr Wachstum nicht zu erreichen; eher entstehe eine Arbeit, in der „viele keinen Sinn“ mehr sähen (Z. 44 ff.).
- (Zu hohes) Wirtschaftswachstum bringe „dauerhafte Schäden an Umwelt, Natur und Gesellschaft“ (Z. 48 ff.) mit sich.

2. Überprüfen Sie, inwiefern sich die wachstumskritische Haltung des Autors von **M1** anhand der Daten aus **M2** und **M3** belegen lässt!

Die in Aufgabe 1 bereits dargestellten Thesen des Autors von M1 sollen mithilfe der Daten von M2 und M3 gestützt bzw. widerlegt werden. Zwei erhoffte bzw. umstrittene Wirkungen des Wirtschaftswachstums lassen sich erörtern:

- Der Autor von M1 sieht Wirtschaftswachstum nicht als geeignetes Mittel an, um die **Massenarbeitslosigkeit in Deutschland** zu bekämpfen (M1, Z. 32 bis 37). Das Diagramm M2 zeigt, dass die Arbeitslosenquote in der Rezession der Jahre 1974/75, 1981 und 1991 sprunghaft angestiegen, in den folgenden Jahren aber nur geringfügig gesunken ist. Infolgedessen hat die Sockelarbeitslosigkeit stetig zugenommen. Damit wird die in M1 geäußerte Ansicht, Wachstum könne das Problem der Arbeitslosigkeit nicht beseitigen, bestätigt.
- M3 zeigt, dass im vergangenen Jahrzehnt die **Armut in Deutschland** deutlich angewachsen ist. Das Armutsrisiko lag 2000 noch unter 11 Prozent, 2008 bereits bei 14 Prozent. Auch der Gini-Koeffizient (ein Maß für die Einkommensungleichheit) ist von unter 0,26 auf 0,29 angestiegen, d.h. die Einkommen sind aktuell ungleicher verteilt als noch vor 10 Jahren – und dies trotz positiver Wachstumsraten in den Jahren 2002 bis 2008 (vgl. M2). Der Autor von M1 wird also bestätigt, wenn er behauptet, dass „Armut bei „unverändertem Verteilungsschlüssel“ durch Wachstum nicht zu überwinden sei (Z. 29 ff.).

Sie sollten auch darauf hinweisen, dass mit den Daten aus M2 und M3 die anderen Behauptungen (z. B. zu den negativen Folgen des Wachstums für die Umwelt) weder zu belegen noch zu widerlegen sind.

3. a) Welche wirtschaftspolitischen Ziele sind im Stabilitätsgesetz von 1967 formuliert? Definieren Sie die vier Ziele und erklären Sie, wie man die zugehörigen Messgrößen errechnet, die in **M 2** abgebildet sind!

Im Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft vom 8. Juni 1967 werden als Ziele der Wirtschaftspolitik in Deutschland verbindlich vorgegeben:

- **„stetiges und angemessenes Wachstum“**: Als Wirtschaftswachstum bezeichnet man die Veränderung (meist den Anstieg) des realen BIP. Das BIP ist der Marktwert aller für den Endverbrauch bestimmten Waren und Dienstleistungen, die in einem Land in einem bestimmten Zeitabschnitt hergestellt werden. Um einen unverfälschten Vergleich im Zeitverlauf zu ermöglichen, müssen die Preisveränderungen (Inflation) herausgerechnet werden: So erhält man das reale BIP.
- **„Stabilität des Preisniveaus“**: Zur Messung des Preisniveaus dient der Verbraucherpreisindex. Er erfasst Preisänderungen von Waren typischer Konsumgüter, die ein Durchschnittshaushalt nachfragt („Warenkorb“). Für den Wert dieses Warenkorbs wird in einem Basisjahr der Preisindex 100 festgesetzt. Die in Prozent ausgedrückte Wertänderung gibt die Veränderung der Lebenshaltungskosten an, um die sich der Preisindex gegenüber dem Basisjahr erhöht (= Inflationsrate).
- **„hoher Beschäftigungsstand“**: Die wichtigste Messgröße für die Beurteilung der Beschäftigung ist die Arbeitslosenquote. Die Arbeitslosenquote gibt an, wie viel Prozent der (zivilen) Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Arbeitslose) als arbeitslos registriert sind.
- **„außenwirtschaftliches Gleichgewicht“**: Ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht besteht (vereinfacht gesagt), wenn die Importe in etwa dem Wert der Exporte entsprechen.

3. b) Die Ziele des Stabilitätsgesetzes werden auch als „magisches Viereck“ bezeichnet, weil die darin genannten Ziele schwer vereinbar sind. Weisen Sie anhand geeigneter Daten aus **M 2** zwei Zielkonflikte nach!

- **Zielkonflikt zwischen Wirtschaftswachstum und Stabilität des Preisniveaus**: Von 1987 bis 1990 steigt die Wachstumsrate (von ca. 1 auf ca. 5 Prozent) und geringfügig zeitversetzt steigt die Inflation in ähnlichem Ausmaß.
- **Zielkonflikt zwischen Beschäftigungsziel und Inflationsbekämpfung** („Phillips-Kurve“) ist z. B für den Zeitraum 1992 bis 1996 nachzuweisen: Die Arbeitslosenquote steigt bei fallender Inflationsrate.

4. Der Autor von **M 1** kritisiert die Industrieländer auch deshalb, weil ihre Wachstumspolitik „Schäden an Umwelt und Gesellschaft“ verursache (Z. 41). Beschreiben Sie am Beispiel des Straßenverkehrs negative externe Effekte auf die Umwelt!

Als „negative externe Effekte“ bezeichnet man allgemein Kosten, die nicht in den Marktpreis einer Ware eingerechnet werden. Sie stellen eine ökonomische Fehlallokation und damit ein Marktversagen dar. Im Bereich der Umwelt verursachen sie volkswirtschaftliche Schäden durch Übernutzung infolge des zu geringen Preises. Für den Konsumenten besteht kein Anreiz, den Verbrauch einzuschränken und Schaden an der Umwelt zu mindern, weil die Knappheit des öffentlichen Gutes „Umwelt“ nicht durch den Preis der Ware angezeigt wird. Der Straßenverkehr verursacht negative externe Effekte u. a. durch Luftverschmutzung (Schadstoffausstoß), klimaschädliche Treibhausgase (CO₂-Emissionen), durch Lärm, Flächenverbrauch und -versiegelung (Bau von Straßen und Parkflächen).

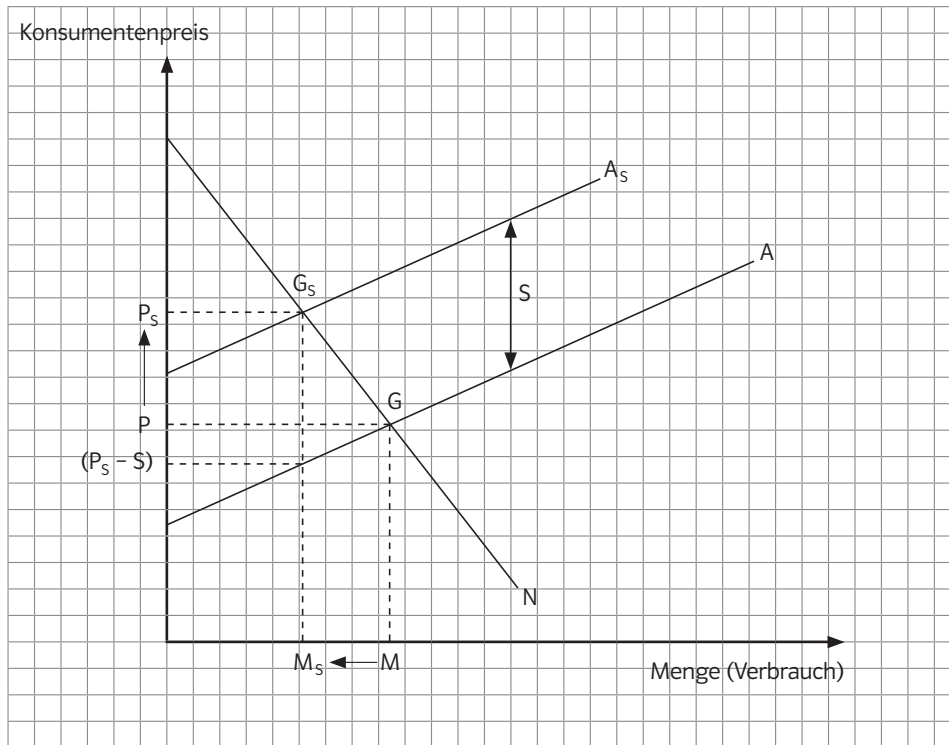
5. Stellen Sie in einem Preis-Mengen-Diagramm grafisch dar, wie man mittels Umweltsteuern (z. B. Energie-, Mineralöl- oder Luftverkehrssteuer) eine Internalisierung externer Effekte erreichen kann! Erläutern Sie Ihre Darstellung!

Die Umweltsteuern verteuern den Verbrauch von Energie und Mobilität. Die externen Kosten sollen auf diese Weise internalisiert, d.h. in den Verkaufspreis eingerechnet und damit dem Verursacher aufgebürdet werden. Dadurch soll der umweltschädliche Konsum (z.B. Nachfrage nach Energie, Benzin oder Flugreisen) gedrosselt werden.

In der folgenden Darstellung wird der Energie- bzw. Treibstoffverbrauch mit einer Mengensteuer belastet. Der Anbieter muss z. B. pro Liter Benzin den Steuerbetrag S an den Fiskus abführen. Es wird angenommen, dass S den externen Kosten des entsprechenden Energieverbrauchs bzw. des umweltschädlichen Gutes entspricht.

Durch die Steuer verschiebt sich die Angebotsfunktion A um S parallel nach oben ($A \rightarrow A_s$). Die Steuer erhöht den Preis P für den Verbraucher ($P \rightarrow P_s$), die Anbieter erhalten lediglich $PS - S$.

Unter der Annahme einer gleichbleibenden Nachfrage N stellt sich ein neues „Marktgleichgewicht“ (G_s) ein. Als Konsequenz geht die nachgefragte bzw. angebotene Menge des durch die Ökosteuer verteuerten Treibstoffs zurück ($M \rightarrow M_s$). Die Steuerbelastung soll (kurzfristig) den Benzinverbrauch senken und (langfristig) die Entwicklung sparsamerer Motoren bewirken.



6. Soll am Wachstum als wirtschaftspolitischem Ziel festgehalten werden? Erörtern Sie diese Frage!

Bei der Bearbeitung dieser Frage können Sie auf die Argumente von M1 zurückgreifen. Sie sollten erläutert, ergänzt und durch Beispiele veranschaulicht werden. Ihnen sollen Argumente für das Wirtschaftswachstum gegenübergestellt werden.

Zur Begründung des Wachstumsziels kann u. a. angeführt werden:

- Wachstum sichert und steigert den Wohlstand der Bevölkerung.
- Bestehende Arbeitsplätze werden gesichert und neue Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen.
- Wachstum ermöglicht Einkommenszuwächse. Eine gesellschaftliche Umverteilung wird für den Einzelnen dadurch erleichtert, Umverteilungskonflikte in der Gesellschaft abgemildert.
- Der Staat erhält höhere Steuereinnahmen (zur Finanzierung des Sozialstaats, zur Versorgung der Bevölkerung mit öffentlichen Gütern, zum Schuldenabbau).

Gegen ein (unangemessen hohes) Wachstum als wirtschaftspolitisches Ziel spricht u. a.:

- Es entstehen erhebliche wachstumsbedingte Umweltschäden (externe Effekte).
- Wichtige Rohstoff- und Energiequellen sind in absehbarer Zeit erschöpft (Grenzen des Wachstums).
- Dadurch wird auch Prinzip der Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit verletzt.
- Die Hoffnung, Wachstum werde das Armutsproblem lösen, ist trügerisch.
- Mengenmäßiger Zuwachs an Gütern (quantitatives Wachstum) bedeutet nicht zwangsläufig mehr Lebensqualität: Besitz von Gütern, für die eigentlich kein Bedürfnis besteht; eine Arbeit, die deshalb als sinnlos erachtet wird und zudem keine Zeit lässt für kulturelle Bedürfnisse (mangelnde Muße).
- Die wirtschaftspolitischen Ziele des Stabilitätsgesetzes sind quantitative Ziele (z. B. Wachstum), die Wirtschaftspolitik sollte aber qualitative Ziele anstreben (z. B. Erhalt einer lebenswerten Umwelt, gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung).

Entscheidend ist nicht die Vollständigkeit der Antwort, sondern dass Sie die vorgetragenen Argumente begründen und an Beispielen belegen.